

Kurzvortrag Peter Delin im Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses am 14.1.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte zunächst über die Privatisierung der Lektoratsarbeit in der ZLB sprechen, ein Problem, das trotz der zahlreichen Bemühungen auch nach fast fünf Jahren immer noch nicht gelöst ist. Ende 2014 hatte der Managementdirektor der ZLB diese Privatisierung mit einem ein fragwürdigen Gutachten begonnen und bereits am 2. März 2015 wurde es hier im Kulturausschuss zum ersten Mal diskutiert. Eine Unterschriftensammlung erfüllte in kurzer Zeit das Quorum von 20.000 Unterzeichnern.

Dennoch wurde die Privatisierung von der Leitung der ZLB durchgedrückt - mit vorhersehbaren Folgen. Nach zwei Jahren musste der Auftrag an die *ekz.bibliotheksservice GmbH* zurückgezogen werden, weil er nicht funktionierte hatte wie geplant, nur um ab 2018 ersetzt zu werden durch ein noch radikaleres Outsourcing von über 75% der Buchauswahl an die Großbuchhandelskette *Hugendubel* in München – und zwar gegen den ausdrücklichen Einspruch von zwei Dritteln der betroffenen Fachlektoren bei der Kulturverwaltung. Die Kritik aus Bibliothek und Stadtgesellschaft wurde einfach ignoriert.

Die Öffentlichkeit blieb jedoch wach. Die Partei *Die Linke* verankerte die Rücknahme des Outsourcings in ihrem Wahlprogramm. Und auch die Gewerkschaft *Verdi* stellte sich offen auf die Seite der Kritiker

Inzwischen hat sich das gesellschaftliche Klima auch in Berlin gewandelt. Neoliberale Privatisierungen gemeinnütziger Dienstleistungen werden von weiten Teilen der Bevölkerung immer weniger akzeptiert. Darauf reagierte jetzt auch die Berliner SPD auf ihrem letzten Landesparteitag am 16./17. November 2018 mit folgendem Beschluss - ZITAT daraus: „*Der Senat und das Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, das Outsourcing der **Buch- und Medienauswahl** (!) an der Zentral- und Landesbibliothek Berlin abzulehnen und schnellst möglich wieder in die ZLB selber zu integrieren...*“ ZITATENDE

Wir hatten für Sie in unserem vorab verteilten Text noch einmal systematisch aufgeführt, welche Schäden durch eine Privatisierung der Bestandsauswahl in der ZLB entstehen und wie damit der Kernauftrag der Bibliothek unterminiert wird.

Ich möchte hier aber vor allem noch einmal hinweisen auf unseren Kompromissvorschlag, der die völlig eigenständige Medienauswahl in der ZLB gewährleistet und dennoch den vollen Rationalisierungseffekt einer regalfertigen Lieferung sichert, und zwar unter Wahrung der bis 2021 geltenden Vertragsbedingungen. Übrigens: Auch der Vorschlag auf dem SPD-Parteitag geht ganz pragmatisch in diese Richtung. Damit könnte der jetzt schon einige Jahre schwelende Konflikt gelöst und Schaden von der ZLB abgewendet werden. Ein Zuwarten bis 2021 wäre u. E. verantwortungslos.

Im zweiten Teil meines Vortrags möchte ich jetzt noch kurz auf einige Fragen der vorliegenden Tagesordnung eingehen.

Das Zukunftskonzept der ZLB-Führung wird ja immer im sog. „Drei-Säulen-Modell“ ausgedrückt, also 1. Informations- und Wissensvermittlung, 2. Arbeitsort und 3. Forum der Stadtgesellschaft. Doch das Bild führt eigentlich in die Irre. Gemessen an Bedarf und Nutzungszahlen ist es die erste Säule, die die Bibliothek trägt. Nummer Zwei und Drei müssen daher eher als Stützen der eigentlich tragenden Säule funktionieren, um im Bild zu bleiben. Beachtet man diesen Gesichtspunkt nicht, begibt sich die ZLB in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen in der Stadt, die diese Aufgaben

besser erfüllen können, oder verdoppelt überflüssigerweise öffentliche Angebote. Beispiele dafür sind das Netz der Volkshochschulen und der Fablabs bei Säule 2; die Urania und das Futurum bei Säule 3. So entsprechen die Konzepte des neuen Direktors der Urania, Ulrich Weigand, nahezu wörtlich denen der ZLB. Solche Einrichtungen – auch Schulen, Hochschulen, Nachbarschaftsheimen, Jugendfreizeitheimen, Jugendkunstschulen oder Sozialstationen zählen dazu – dürfen nicht in eine Konkurrenz gegeneinander gebracht werden, sondern sind Partner für originäre Bibliotheksangebote. Auch sind wir entschieden gegen eine Zuteilung von Aufgaben an die Öffentlichen Bibliotheken, die sie überfordern und letztlich den Zweck verfolgen, andere öffentliche Institutionen im Sinne des neoliberalen Konzepts eines schlanken Staats abzubauen, etwa bei Bürgerämtern.

Was die Rolle der ZLB im Verhältnis zu den Bezirksbibliotheken und den anderen Bibliotheken der Stadt anbelangt, muss man selbstverständlich die gesamte Bibliothekslandschaft in Augenschein nehmen. Dabei ist neben der zentralen Funktion für die Bezirksbibliotheken der wichtigste Aspekt für uns, die ZLB als Hybridbibliothek zwischen den Bezirksbibliotheken und den wissenschaftlichen Bibliotheken auszubauen. Das Niveau der ZLB darf dabei nicht abgesenkt werden. Die Bezirksbibliotheken wiederum sollten ihr Angebot individuell an ihren Nutzerinnen und Nutzern ausrichten, Problembezirke müssen mehr finanzielle Mittel erhalten. Zur Kosten-Leistungs-Rechnung müssen Alternativen entwickelt werden. Auch fehlt eine ausreichende empirische Fundierung vieler Konzeptelemente.

Dies gilt insbesondere auch für die Digitalisierung: Dabei geht es ja keineswegs nur um die Schaffung von zusätzlichen Computerarbeitsplätzen und das Angebot digitaler Medien, die in öffentlichen Bibliotheken immer volatil sind, da meist lizenzgebunden. Wichtig ist, das Angebot an digitalen Publikationen nach dem Profil des analogen Bestands zu entwickeln und die Beratung von Nutzern entsprechend zu kultivieren. Digitale Werkzeuge zur besseren Erschließung und Bearbeitung des Medienangebots sind dabei von großer Bedeutung. Des Weiteren wäre zu spezifizieren, wie im Umgang mit neuen Technologien generell nicht nur die technische Handhabung geschult werden sollte, sondern auch eine kritische Reflektion der Hintergründe und der gesellschaftlichen Bedeutung ermöglicht wird.

Ich komme zum Schluss!

Weitere wichtige Themen für uns sind das Open-Library-Konzept für den Neubau der ZLB und der gemeinsame Bibliotheksausweis für alle Bibliotheken des Landes, ganz im Sinne des amerikanischen Romanciers E. L. Doctorow:

„Die drei wichtigsten Dokumente, die eine freie Gesellschaft zu vergeben hat, sind eine Geburtsurkunde, ein Pass und eine Bibliothekskarte.“ (Sozialausweis vergessen)

Bei der kommenden Bibliotheksplanung ist vor allem Transparenz zu gewährleisten – auch im Sinne von Partizipation. Um eine Partizipation zu sichern, die mehr ist als eine ‚Mitmachfalle‘, schlagen wir die Einrichtung eines Bürgerrats Bibliotheken vor, in dem neben z.B. Bibliotheksexperten überwiegend Bürgerinnen und Bürger an der Neuausrichtung und Gestaltung ihrer Bibliotheken mitwirken. **7 Min. /6650 Zeichen**